

# Meldungen

zusammengestellt von Karl-Heinz Krämer

## Gescheitertes Mißtrauensvotum im Repräsentantenhaus

Am 24. März 1996 scheiterte im nepalischen Unterhaus ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung von Premierminister Deuba. Für den Antrag stimmten lediglich die 88 Abgeordneten der oppositionellen CPN (UML), die den Antrag eingebracht hatten, sowie zwei Vertreter der extremistischen CPN (Masal), die 1994 als unabhängige Kandidaten ins Parlament gewählt worden waren. 106 Abgeordnete sprachen der Deuba-Regierung das Vertrauen aus. Unmittelbar vor der Abstimmung hatte es noch nach einer Spaltung der an der Regierung beteiligten konservativen 'National Democratic Party' (NDP) ausgesehen. Tagelang hatten die beiden Führer der NDP, Surya Bahadur Thapa und Lokendra Bahadur Chand, beide mehrfach Premierminister zu Panchayat-Zeiten, ihre Kontroversen in der Öffentlichkeit ausgetragen. Chand hatte zuletzt Sympathien für eine Koalitionsregierung mit der CPN (UML) bekundet. Vorübergehend traten fünf Chand nahestehende Minister der NDP zurück. Madav Kumar Nepal, der Generalsekretär der CPN (UML) erklärte den plötzlichen Sinneswandel der NDP-Rebellen mit der wachsenden Einmischung auswärtiger diplomatischer Kreise. Die linke 'Nepal Workers Peasants Party' (NWPP) begründete die Stimmenthaltung ihrer vier Abgeordneten mit den andauernden schmutzigen politischen Geschäften im kapitalistischen nepalischen System.

## Deubas Äußerungen zum Hindu-staat

Mit finanzieller Unterstützung der nepalischen Regierung fand Anfang Mai in Kathmandu ein Treffen des Exekutivkomitees des 'Vishwa Hindu Mahasangh' ('World Hindu Federation') statt. Premierminister Deuba erklärte in der Eröffnungsrede: "Wenn wir in der Lage sind, jenem Pfad zu folgen, der von der hinduistischen Religion und Philosophie vorgegeben wird, wird sich das soziale Bewußtsein entwickeln und der Frieden gesichert werden. Nepals nationaler Charakter basiert auf religiöser Toleranz und Wohlwollen gegenüber den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Die Verfassung definiert Nepal eindeutig als Hindustaat. Die Regierung ist daher fest entschlossen, die hinduistische Religion

zu fördern." Auf dem Treffen wurde vereinbart, in Nepal ein internationales Hinduzentrum auf einem von der Regierung zur Verfügung gestellten Gelände zu errichten.

## Hinduistischer 'Fundamentalismus' bedroht Demokratie

Einer der fanatischsten hinduistischen Führer Nepals, Yogi Naraharinath forderte Ende April König Birendra öffentlich auf, die Macht im Land wieder zu übernehmen. Die aufgeblähte Regierung sei unfähig. Der König werde verantwortlich gemacht, weil er seine Macht und seine Pflichten ignoriere. Selbst der Oberste Gerichtshof mißachte die Weisungen des Königs. Letzterer solle endlich wieder das Heft in die Hand nehmen. Ein König könne niemals ein konstitutioneller Monarch sein. Vielmehr müsse er stets wissen, was seine Macht ist und diese auch ausüben. Gleichzeitig sprach sich Yogi Naraharinath, der sich selbst gerne als einen der bedeutendsten nepalischen Historiker sieht, für die Politik eines "Greater Nepal" aus, d.h. in den Grenzen von 1814, als der britisch-nepalische Krieg begann. Durch den Vertrag von 1816 mußte Nepal mehr als ein Drittel seines damaligen Territoriums an die Briten beziehungsweise an Sikkim abtreten; dabei handelte es sich ausschließlich um Gebiete, die erst im Verlauf der vorhergehenden 40 Jahre militärisch erobert worden waren. Nach Naraharinath basierten sowohl der Vertrag von 1816 als auch der Friedens- und Freundschaftsvertrag mit Indien aus dem Jahre 1950 auf Betrug und Verschwörung.

## Sechs Jahre Demokratie

Der sechste Jahrestag der Massendemonstration vor dem Königspalast vom 6. April 1990 war Anlaß zu zahlreichen Kommentaren in der nepalischen Presse. Stellvertretend für eine der zahlreichen kritischen Stellungnahmen sei ein Auszug aus der Wochenzeitung 'Deshantar' vom 7. April zitiert: "Am 6. April 1990 wurde das Panchayat-System durch das Mehrparteiensystem ersetzt, aber immer noch gibt es Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Korruption und Vetternwirtschaft. Die Führer der politischen Parteien vergeuden ihre Energie in Rivalitäten um Ehre und Macht. Wenn die Demokratie heute in Nepal in

Gefahr ist, dann liegt die Ursache einzig und allein bei den Führern der politischen Parteien. Im jetzigen System kommt dem König keine aktive politische Rolle zu, aber der Disput zwischen den politischen Parteien bezieht sich immer noch auf den König, dessen Weisungen wiederholt eingefordert werden. Die Kommunisten scheinen heute nicht mehr in Opposition zur Demokratie und zur neuen Verfassung zu stehen, aber ihre Handlungen fördern bisher die Demokratie nicht. Das Vertrauen des Volkes in die Mehrparteiendemokratie ist unverändert, aber die Tendenz, die Politik für schmutzige Machtgeschäfte zu nutzen, läßt das Volk an den Motiven der politischen Führer zweifeln. Die Not des Volkes dauert an, während die politischen Führer immer wohlhabender werden. Wenn der Wandel von 1990 den Interessen des Volkes dienen sollte, muß man sich heute fragen, welchen Fortschritt die Nation in den vergangenen sechs Jahren gemacht hat."

Ingrid Decker Ram Pratap Thapa

## NGOS FÜR NEPAL



NGO-TREFFEN NEPAL

Bericht des ersten informellen Treffens der deutschen Nicht-Regierungs-Organisationen für Nepal am 7. Juli 1995 in Bonn

Report of the first inofficial meeting of the Non-Government Organisations for Nepal on 7th July 1995 in Bonn

Organisation  
Thapa/Decker/Khanal  
und  
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Zu beziehen über:

Ram Thapa, Am Schlangenhöfchen 26b,  
51427 Bergisch Gladbach

## Unterdrückung ethnischer Meinungsbildung

Vom 2. bis 8. Mai 1996 sollte in Pokhara die zweite Generalkonferenz des 'Asia Indigenous People's Pact' (AIPP) stattfinden, zu dessen Mitgliedern u.a. auch der 'Nepal Janajati Mahasangh' gehört, jener Dachverband von inzwischen 22 gemäßigten ethnischen Organisationen Nepals. Die geplante Konferenz mußte im letzten Augenblick auf massiven Druck der nepalischen Regierung abgesagt werden. Vorausgegangen war die Verhaftung des Generalsekretärs des AIPP, Luigum Luithui, bei seiner Ankunft auf dem Flughafen in Kathmandu; zwei Tage später wurde er nach Bangkok zurückgeschickt. Hinter der repressiven Maßnahme der nepalischen Regierung steht offenbar wiederum Druck der indischen Regierung, die in Luithui einen der Hauptaktivisten der Naga im indisch-burmanischen Grenzgebiet sieht.

## Militante ethnische Forderungen

Ende April fand in Kathmandu die erste Konferenz des neu gegründeten 'Akhil Nepal Janajati Sangh' ('All-Nepal Ethnic Communities Association') statt, an der 200 Delegierte aus 60 Distrikten des Landes teilnahmen. Als Vorsitzender des 15-köpfigen Zentralkomitees wurde der Parlamentsabgeordnete Pari

Thapa gewählt, der der linksradikalen CPN (Masal) angehört. Thapa forderte eine lokale Autonomie, um die Probleme der ethnischen Gruppen zu lösen und letztere von der hindu-kommunistischen Unterdrückung zu befreien. Die Zentralregierung solle lediglich für Haushalt und Sicherheit zuständig sein. Alle anderen Angelegenheiten müßten in Gebieten mit ethnischen Mehrheiten auf lokale autonome Gremien übertragen werden. Nur so könne die nationale Einheit gestärkt werden. Thapa forderte ferner die sofortige Schließung der Rekrutierungszentren für Gurkha-Söldner. Stattdessen sollten den Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten im eigenen Land erschlossen werden. Alle Bezüge auf den Hinduismus als Staatsreligion und die Khas-Sprache, das Nepali, als Staatssprache müßten aus der Verfassung gestrichen werden. Sanskrit dürfe nicht zu einem Pflichtfach an den Schulen gemacht werden.

## Preisanstieg

Die seit Februar 1993 festgefrorenen Preise für Benzin und Kerosin wurden Anfang April erhöht. Der Benzinpreis stieg von 29 auf 30 Rupien pro Liter, der Liter Diesel kostet nun 13,50 Rupien (vorher 12). Der Kerosinpreis wurde von 8,50 auf 9,50 Rupien erhöht. Wesentlich gravierender waren die gleichzeitig bekanntgegebenen Preiserhöhungen von deutlich über 30 Prozent im Düngemittelbereich. Am meisten aber trifft die städtische Bevölkerung die Anhebung der Elektrizitätspreise um 20 Prozent, die am 7. Mai erfolgte. Hinter dieser Maßnahme der 'Nepal Electricity Authority' (NEA) steht einmal mehr der Druck ausländischer Geldgeber, die dringend notwendige weitere Investitionen in neue Elektrizitätsprojekte von einer derartigen Anhebung abhängig machen. Daß unter diesen Voraussetzungen die überwiegend arme Bevölkerungsbasis kaum noch zu den Nutznießern der Entwicklungsprojekte zählt, interessiert den Westen wenig.

## Generalversammlung des 'Nepali Congress'

Die Generalkonferenz des 'Nepali Congress' (NC), die ursprünglich am 31. März in Nepalganj beginnen sollte, wurde kurzfristig wegen des von der CPN (UML) beantragten Mißtrauensvotums (s.o.) auf unbestimmte Zeit verschoben.

Anfang April brachten Mitglieder des NC wiederholt ihren Unmut über die andauernde Verzögerung der Konferenz zum Ausdruck. Schließlich wurde festgelegt, daß die Generalkonferenz vom 8. bis 10. Mai in Kathmandu stattfinden sollte. Girija Prasad Koirala kündigte bereits frühzeitig an, daß er sich um den Posten des scheidenden Parteivorsitzenden Krishna Prasad Bhattarai bewerben wolle, was Kontroversen innerhalb der Partei auslöste. Schließlich bewarben sich auch noch Ram Hari Joshi und Chiranjibi Wagle. Letzterer hatte als Führer der NC-Rebellen 1994 entscheidend zum Sturz der Koirala-Regierung beigetragen.

Der Parteikonvent, an dem 1.450 Delegierte aus allen Distrikten des Landes teilnahmen, wurde dann jedoch zu einem Triumph für Girija, der 1.144 der abgegebenen Stimmen (81 Prozent) erhielt, während sich Chiranjibi Wagle mit 254 Stimmen zufrieden geben mußte; für Ram Hari Joshi stimmten lediglich 12 Delegierte. Der neue Vorsitzende sprach von einer neuen Parteilinie ohne Vorurteile und Begünstigungen, mit der er den 'Nepali Congress' zu alter Stärke zurückführen wolle. Er versprach, die Koalitionsregierung bis zum Ende der Legislaturperiode zu stützen, gleichzeitig bestritt er aber auch seine ihm so oft nachgesagte antikommunistische Haltung.

## Premier Deuba besucht China

Im April hat Premier Deuba China einen offiziellen Besuch abgestattet. Dabei ging es vorrangig um wirtschaftliche Fragen wie Investitionen von Chinesen in Nepal und umgekehrt. "Wenn wir den Besuch des Premiers bewerten, so hat dieser erfolgreich dazu beigetragen, daß das Fundament für zukünftige Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gelegt wurde", betonte ein Sprecher des Außenministeriums. Insgesamt wurden zwischen den beiden Ländern Vereinbarungen unterzeichnet, die die Kooperation auf wirtschaftlichen und technischen Gebieten zum Inhalt haben. So wünscht Nepal mehr chinesisches Engagement beim Bau von Wasserkraftwerken und im Bereich der Konsumgüterindustrie. Außerdem wurde ein Mechanismus für regelmäßige Zusammentreffen auf der Ebene der Außenminister festgelegt und die Gründung eines 'Sino-Nepal Non-Governmental Cooperation Forums' verkündet.

In Zusammenhang mit der Tibet-Frage hat Premier Deuba den Chinesen gegenüber versichert, keine anti-chinesischen Aktivitäten auf nepalischem Boden zuzulassen. Nepal werde auch keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan

**verwaltung ...**  
wird bei uns klein geschrieben



...denn wir sind nicht von Natur aus oben!

**action five e.V. Bonn**

für internationale Verantwortung und Entwicklung

action five e.V. Bonn ist ein entwicklungspolitischer gemeinnütziger Verein. action five arbeitet ausschließlich ehrenamtlich, so daß der Verwaltungsaufwand nur 1,2 % der jährlichen 68.000 DM Spenden beträgt.

Informationen bei: action five e.V. Bonn, Tel.: 0228 - 46 51 55, Fax: 0228 - 47 49 24, Schaumburg-Lippe-Str. 6 53113 Bonn. Spendenkonto: 14.241, Sparkasse Bonn BLZ: 380.500.00

aufnehmen. "Wir unterstützen die 'Ein-China-Politik'; Tibet und Taiwan sind integrale Bestandteile der Volksrepublik China", betonte Deuba.

China stellte Nepal Wirtschaftshilfe in Höhe von 560 Millionen (ca. 16 Mio. Mark) Rupien in Aussicht sowie weitere 210 Millionen (ca. fünf Mio. Mark) für einen buddhistischen Tempel in Lumbini, dem Geburtsort Gautama Buddhas.

### Tibetische Flüchtlinge

Anders als die Flüchtlinge aus Bhutan werden solche aus dem chinesisch besetzten Tibet stets als illegale Einwanderer bezeichnet. Anfang April wurden erneut 49 dieser Flüchtlinge in den Distrikten Dolakha und Ramechhap verhaftet.

### Nepal Aid Group

Am 11./12. April fand in Paris erstmals seit vier Jahren wieder ein Treffen der 'Nepal Aid Group' statt, in der 13 Geberländer zusammengeschlossen sind. Anwesend waren auch Vertreter anderer internationaler Organisationen. Für den Zeitraum 1996/97 wurden Gelder in Höhe von 993 Millionen US \$ zugesichert. 1992 hatte der Betrag noch bei 444 Millionen \$ gelegen. Eingeschlossen waren größere Summen für Wasserkraftprojekte am Kali Gandaki und Marsyangdi.

### 'Village Awakening'-Kampagne der CPN (UML)

Anlässlich einer Rede in Kathmandu eröffnete Man Mohan Adhikari am 19. April eine neue Agitationskampagne der CPN (UML) gegen die amtierende Deuba-Regierung. Adhikari erklärte, seitdem die Koalitionsregierung an die Macht gekommen sei, habe sich der Lebensstandard der Menschen erheblich verschlechtert. Die Regierung habe nicht ein einziges Programm zur Verbesserung der Lebensbedingungen eingeleitet. Zur Bekämpfung des von den Maoisten ausgerufenen sogenannten Volkskriegs habe die Regierung eine Kampagne der Unterdrückung gegen unschuldige Menschen eingeleitet. Korruption und Teuerung hätten in erschreckendem Maße zugenommen. Gleichzeitig werde die extensive Privatisierung öffentlicher Unternehmen willkürlich vorangetrieben.

### Nepal und Indien

Derzeit mehren sich wieder Stimmen, die das kürzlich noch auf Allparteienbasis abgeschlossene Abkommen mit Indien zum Mahakali, dem westlichen Grenzfluß Nepals, kritisieren. Ursache ist die Zurückhaltung des offiziellen Vertrag-

## action five e.V. Bonn

für internationale Verantwortung und Entwicklung

ICA  
Schreiner-  
ausbildung

Sujay Welfare Society  
Waisenhaus

CPP  
Rechtshilfe für Fischer

SHARP  
Dorfentwicklung

DTI  
Ausbildung  
und Verständigung

Schule in  
Los Morales

**action five e.V. Bonn** ist ein gemeinnütziger entwicklungspolitischer Verein, die Arbeit ist ehrenamtlich und unbürokratisch. **action five** ist klein, schnell, flexibel und dadurch effektiv. Die von **action five** geförderten Projekte entstehen aus Eigeninitiative der Betroffenen. Für 11 Projekte in 8 Ländern wurden 1995 ca. 80.000 DM eingesetzt.

Informationen bei:  
**action five e.V. Bonn**,  
 Tel.: 0228 - 465155  
 Fax: 0228 - 474924,  
 Schaumburg-Lippe-Str. 6  
 53113 Bonn.

**Spendenkonto: 14241, Sparkasse Bonn BLZ: 38060000**

stextes, der von Deuba und Indiens damaligem Premierminister Rao in Delhi unterzeichnet worden war, durch die nepalische Regierung. Aus oppositionellen Kreisen wird daher der Verdacht geäußert, daß an dem zwischen allen führenden Parteien abgesprochenen Text doch noch Änderungen vorgenommen wurden.

### Nepal und Bhutan

Anfang April kam es einmal mehr zu Gesprächen zwischen der nepalischen und der bhutanischen Regierung über eine Lösung des seit über fünf Jahren andauernden Problems bhutanischer Flüchtlinge; diesmal fand die Gesprächsrunde in Kathmandu statt. Die nepalische Delegation wurde von Außenminister Prakash Chandra Lohani geleitet, die bhutanische von Außenminister Dawa Tshering. Einige Tage vor diesem Treffen hatte Lohani die Flüchtlingslager im östlichen nepalischen Tarai aufgesucht, wo er auch mit Vertretern der dortigen Flüchtlingsorganisationen zusammentraf. Die bilateralen Gespräche wurden am 8. April einmal mehr ohne Ergebnis beendet. Dawa Tshering sprach von einem Fortschritt im gegenseitigen Verstehen, während sich Ne-

pals Außenminister Lohani sehr enttäuscht zeigte. Es habe keine Fortschritte gegeben, weil beide Seite auf ihren Standpunkten beharrten. Die bhutanische Seite bestehe darauf, daß die Flüchtlinge nach bhutanischem Recht eine eventuelle bhutanische Staatsangehörigkeit automatisch verlieren hätten, da sie Bhutan freiwillig verlassen hätten. Nepal verwies auf internationales Recht, gegen das Bhutan verstoße, wenn es ein Fünftel seiner Bewohner zu Staatenlosen mache. Die Flüchtlinge seien keine nepalischen Staatsbürger, man habe ihnen nur aus humanitären Gründen Asyl gewährt. Prakash Chandra Lohani dankte der EU und den USA für ihre Unterstützung bei der Lösung des Flüchtlingsproblems und forderte auch Indien auf, sich seiner Verpflichtung nicht zu entziehen. schließlich seien die Flüchtlinge über indisches Territorium nach Nepal gekommen.